

Die Monolithen aufbrechen

Warum nachhaltiges Wassermanagement im Bergbau Komplexität berücksichtigen muss

von Mirja Schoderer & Ines Dombrowsky,
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)



Die aktuelle Kolumne

vom 19.10.2020

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute



Bei Bergbauunternehmen wächst zunehmend das Bewusstsein dafür, dass sie ihre Wasserrisiken besser eindämmen und intensiver den Dialog auf Augenhöhe suchen müssen. Trotzdem findet Verschmutzung von Wasserressourcen durch Bergbau weiter statt und Konflikte mit lokalen Gemeinden häufen sich. Ein Grund hierfür kann darin liegen, dass wir Gemeinden, Unternehmen und staatliche Behörden zu vereinfacht betrachten und dabei Chancen und Hindernisse für Zusammenarbeit übersehen.

Umweltprobleme bilden die Hauptursache für Konflikte zwischen Bergbauunternehmen und Gemeinden. In der jährlichen Umfrage der Unternehmensberatung EY unter Bergbauvertreter*innen stand das Fehlen der „sozialen Genehmigung“ – der Akzeptanz der Mine durch die benachbarten Gemeinden – bereits zum zweiten Mal in Folge ganz oben auf der Liste der Geschäftsrisiken. In den vergangenen zwanzig Jahren haben Bergbaukonflikte kontinuierlich zugenommen. Der Global Environmental Justice Atlas führt aktuell beinahe 900 Konflikte in Verbindung mit dem Abbau von Mineralien und Metallen auf. Von diesen werden in circa 85 Prozent der Fälle der Verbrauch oder die Verschmutzung von Oberflächen- beziehungsweise Grundwasser als wesentliche Streitpunkte angeführt. Durch die steigende Nachfrage nach bestimmten Mineralien – wie Lithium für die Elektromobilität – nimmt deren Abbau zu und erhöht den Druck auf Wasserressourcen.

Wasserressourcenmanagement im Bergbau berührt Schlüsselaspekte der Agenda 2030, zum Beispiel sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen, Gesundheit und Wohlergehen, weniger Ungleichheiten sowie nachhaltiger Konsum und Produktion. Zu den potenziellen Auswirkungen des Bergbaus gehören die Verunreinigung von Wasser mit Schwermetallen sowie die überzogene Zuweisung von Wasser an Privatunternehmen in Gebieten mit Wasserknappheit. In vielen Fällen sind es marginalisierte Bevölkerungsgruppen, deren Gesundheit, Lebensgrundlage und kulturelle Praktiken durch eine Verschlechterung der Wasserressourcen bedroht sind, während sich die aus dem Bergbau erwachsenden Gewinne häufig in den Händen von Eliten ansammeln. Andererseits liefern Bergbauunternehmen essentielle Rohstoffe für globale Lieferketten und können Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten schaffen sowie die lokale Wasserinfrastruktur verbessern.

Auf der 10. Wasserwerkstatt diskutierten Expert*innen aus Praxis und Wissenschaft in den Bereichen Wasser, Bergbau und Entwicklung die Frage, wie negative Auswirkungen des Bergbaus auf Wasserressourcen und von diesen abhängige Bevölkerungsgruppen vermieden werden können. Zu diesem Zweck existieren vielfältige Verfahren. Einige legen die Verantwortung in die Hände staatlicher Behörden, so wie Verordnungen zu Umweltverträglichkeitsprüfungen oder der Ge-

währung von Bergbaulizenzen. Andere, wie Zertifizierungssysteme oder Due-Diligence-Richtlinien, beruhen auf einer freiwilligen Einhaltung. Allerdings werden diese Verfahren nur selten so umgesetzt wie vorgeschrieben beziehungsweise sind sie nur selten so wirkungsvoll im Hinblick auf die Förderung umwelt- und sozialverträglicher Praktiken wie erwartet. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in der *Vielheit* von Wasser. Zum einen ist Wasser an sich divers, wie Keynote-Sprecherin Fabiana Li erklärte: für einige ist es ein Wirtschaftsgut, während andere Gewässer als lebende Wesen mit eigenen Rechten sehen, wie einem Existenz- und Bestandsrecht und dem Recht zur Aufrechterhaltung und Regeneration der eigenen Lebenszyklen. Solche verschiedenen Sichtweisen können Verhandlungen erschweren oder zu unerwarteten Konflikten führen. Da Wasser soziale Beziehungen beeinflusst und durch diese beeinflusst wird, tragen Programme zur sozialen Unternehmensverantwortung mit Wasser-Bezug unter Umständen zur Entstehung neuer Ungleichheiten unter Gemeindemitgliedern bei.

Ebenso ist jeder Akteur divers. Bergbauunternehmen bestehen aus unterschiedlichen Abteilungen, die nach verschiedenen Leistungsparametern und disziplinarischen Vorgaben handeln und daher unter Umständen verschiedene Ziele verfolgen. Oft besteht wenig Dialog zwischen den Abteilungen, so dass in einer Abteilung identifizierte Risiken in einer anderen nicht berücksichtigt werden, wie Keynote-Sprecherin Nadja Kunz anmerkte. Staatliche Behörden nehmen häufig widersprüchliche Rollen ein, wie zum Beispiel die Förderung des Mineralabbaus und die Überwachung der Einhaltung von Umweltvorschriften zugleich. Auch Gemeinden verfolgen selten einmütig ein einziges Ziel. Vielmehr bestehen auch hier diverse Formen der Positionierung in Bezug auf den Bergbau parallel zueinander. Sie rücken in den Vordergrund, wenn Gemeindemitglieder mit Unternehmen über die Nutzung von Wasserressourcen verhandeln.

Gemeinden, Unternehmen und staatliche Behörden werden im Rahmen von Forschung und politischen Interventionen oft als monolithische Gebilde behandelt. Spannungen, die durch die interne *Vielheit* dieser Akteure entstehen, werden überspielt. Interventionen und Forschungsansätze, die Unternehmen, Gemeinden und staatliche Behörden mit Hinblick auf ihre sozialen Bindungen betrachten, sind eher in der Lage, Anknüpfungspunkte für einen Dialog über Akteurgrenzen hinweg zu identifizieren. Sie können potentiell strittige Fragen frühzeitig erkennen, kontextualisieren und aufgreifen. Die Anerkennung bestehender Komplexität im Wasser- und Bergbaumanagement bildet daher einen ersten Schritt hin zu einer klarsichtigeren Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Gemeinden und staatlichen Behörden.